



„Wählen
statt
hoffen.“

Jede Stimme hat Gewicht.

Damit soziale Gerechtigkeit auch nach
der Wahl im Mittelpunkt steht.

**Forderungskatalog
Bundestagswahl 2021**
#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Gesundheitsversorgung auf dem Land sichern

In allen Regionen in Baden-Württemberg muss es einen einfachen Zugang zu Hausarztpraxen und zu fachärztlicher Versorgung geben. Krankenhäuser in guter Qualität müssen überall mit angemessenem Aufwand auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Dabei müssen alle regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Krankenversicherung für alle

Die parallelen Systeme von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sind überholt und schaffen eine ungerechte Zweiklassenmedizin. Wir fordern ein solidarisches Krankenversicherungssystem, zu dem alle nach ihren finanziellen Möglichkeiten beitragen.

Profitorientierung im Gesundheitsbereich beenden

Die Corona-Pandemie zeigt, dass Gesundheitsversorgung und Gewinnmaximierung nicht zusammengehen. Die Leistungen der Kliniken müssen so vergütet werden, dass alle die passende Behandlung bekommen und eine stille Reserve für Notfälle vorgehalten wird. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden, um für zukünftige Krisen gut aufgestellt zu sein.

Auf- und Zuzahlungen bei Hilfsmitteln und Arzneimitteln abschaffen

Chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung müssen hohe Kosten für ihre Gesundheitsversorgung schultern. Die Eigenanteile beispielsweise bei Inkontenzprodukten und Schmerzmitteln müssen abgeschafft werden. Versorgungsengpässe bei Medikamenten darf es nicht geben.



Dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent bei Arzneimitteln

Selbst ärmere Staaten als Deutschland erheben eine geringere oder gar keine Mehrwertsteuer.

Versicherungsfremde Leistungen sind von allen zu zahlen

Kosten für Haushaltshilfe oder Krankengeld für Kinder sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und deshalb von allen aus Steuermitteln zu leisten.

Digitalisierung richtig nutzen

Die elektronische Patientenakte muss alle behandelnden Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser, Reha Einrichtungen und die Heilmittelversorgung einbinden. Telemedizin-Angebote müssen verpflichtend sein. Digitale Angebote müssen auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt werden.



Jede Stimme hat Gewicht.

Damit die Profitorientierung im Gesundheitswesen beendet wird.

#SozialstaatVerteidigen



Jede Stimme hat Gewicht.
Damit die Pflegeberufe endlich
Wertschätzung erhalten.

#SozialstaatVerteidigen

Pflegende Angehörige besser unterstützen

Entlastungsangebote müssen weiter ausgebaut werden. Die Anzahl der Pflegestützpunkte auf einen pro 20.000 Einwohner gesteigert werden, sodass ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten in Baden-Württemberg geschaffen wird. Es braucht eine Pflegeplanung in kommunaler Hand.

Lohnersatz für pflegende Angehörige

Für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss eine aus Steuermitteln finanzierte Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld eingeführt werden.

Pflegevollversicherung einführen

Derzeit müssen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen für einen Platz im Pflegeheim durchschnittlich mehr als 2.400 Euro im Monat aus eigener Tasche zahlen. Die Lösung ist die Einführung der Pflegevollversicherung. Nur so werden sämtliche pflegebedingten Kosten abgedeckt und pflegebedürftige Menschen im Alter nicht zu Sozialhilfeempfänger abgestempelt.

Investitionskosten übernehmen

Die Länder, darunter auch Baden-Württemberg, haben sich aus der Förderung der Investitionskosten stationärer Pflegeeinrichtungen zurückgezogen. Diese Investitionskosten belasten in einem hohen Maße pflegebedürftige Heimbewohner, neben den Kosten der Unterkunft, Verpflegung und der Ausbildungsumlage.

Pflegeleistungen anpassen

Eine jährliche automatische Anpassung der Leistungen aus der Pflegeversicherung an die Kostensteigerungen in der Pflege ist notwendig, damit nicht immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind. Auch das Pflegegeld für pflegende Angehörige muss jährlich erhöht werden.

Wohnen zu Hause im Alter ermöglichen

Der Bund muss deutlich mehr Mittel für den altersgerechten Umbau von Wohnungen bereitstellen. Die Kosten für technische Assistenzsysteme müssen von den Krankenkassen übernommen werden.

Pflegeberufe aufwerten

Im Jahr 2030 werden bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen gut 400.000 Vollzeitkräfte in der Pflege fehlen, wenn nicht gegengesteuert wird. Pflegekräfte müssen durch höhere Pflegeschlüssel und verlässliche Arbeitszeiten vor Überlastung geschützt werden.

Renditeobergrenze in der Pflege

Gute Renditemöglichkeiten ziehen immer mehr Investorengruppen an, die auch eine Gewinnmaximierung anstreben. Dies darf nicht länger zu Lasten pflegebedürftiger Heimbewohner gehen.

Eine Pflegeversicherung für alle

Wie bei der Krankenversicherung muss die Trennung in private und soziale Pflegeversicherung sofort beendet werden. Die private Pflegepflichtversicherung konnte trotz gleicher Leistungsinhalte mehr als 36 Milliarden Euro an Rücklagen anhäufen.



Keine Anhebung des Rentenalters

Eine „Rente mit 70“ hieße noch mehr Altersarmut. Millionen Menschen schaffen es schon heute nicht, bis 67 Jahre zu arbeiten, und müssen mit Rentenabschlägen leben. Eine weitere Anhebung des Rentenalters wäre ein reines Rentenkürzungsprogramm.

Eine gerechte Rente für alle Generationen

Die Renten müssen entsprechend den Löhnen steigen. Das Rentenniveau muss dauerhaft auf über 50 Prozent erhöht werden. Dies stärkt das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Einführung eines Vorsorgekontos

Die Einführung eines Vorsorgekontos unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung bietet die Möglichkeit zur privaten Altersvorsorge – ohne die Sozialversicherung zu belasten.

Eine gerechte Rente für Geringverdiener

Die Einführung der Grundrente ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der VdK fordert jedoch Nachbesserungen. Mehr Menschen, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen, müssen ein Recht auf die Grundrente erhalten.

Eine gerechte Rente für Erwerbsgeminderte

Erwerbsminderungsrente bedeutet oft Armut. Der VdK fordert, die lebenslangen Rentenabschläge von bis zu 10,8 Prozent abzuschaffen. Zudem müssen die Zurechnungszeiten für alle auf 67 Jahre angehoben werden, damit die Auszahlungsbeträge steigen

Eine gerechte Rente für alle Mütter

Es darf keine Mütter erster und zweiter Klasse geben! Der VdK fordert drei Rentenentgeltpunkte pro Kind – egal, ob es vor oder nach 1992 geboren ist.

Rentenversicherung für alle

Jede und jeder Erwerbstätige, inklusive Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete und Selbstständige, müssen in dieselbe Rentenkasse einzahlen. So sind alle im Alter, bei Erwerbsminderung und Umschulungsbedarf abgesichert. Witwen und Waisen werden geschützt.



Jede Stimme hat Gewicht.

Damit eine gerechte Rente für alle Generationen garantiert wird.



#SozialstaatVerteidigen



Jede Stimme hat Gewicht.
Damit die barrierefreie Mobilität
konsequent vorangebracht wird.

#SozialstaatVerteidigen

Barrierefreie Wohnungen bauen

Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau müssen an die Verpflichtung zur Barrierefreiheit geknüpft sein.

Barrierefreie Mobilität voranbringen

Busse und Bahnen, Haltestellen und Bahnhöfe, Straßen und Gehwege müssen schneller barrierefrei werden. Jede staatliche Finanzierung ist zwingend an Barrierefreiheit zu binden. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden. Hier sind barrierefreie Taxis, die im ÖPNV fahren, zu fördern.

Gesundheit für alle verwirklichen

Praxen und Krankenhäuser müssen barrierefrei werden, um die freie Arztwahl zu gewährleisten. In Krankenhäusern muss es speziell geschultes Personal für Menschen mit Beeinträchtigungen geben.

Die digitale Welt barrierefrei machen

Einkaufen in Online-Shops, Reiseauskünfte des ÖPNV auf dem Smartphone abrufen und Fahrkarten digital bezahlen, Bankgeschäfte online oder am Bankautomaten erledigen, Laptops, Tablets, aber auch Haushaltsgeräte bedienen: All das muss für jeden Menschen barrierefrei und damit selbstständig möglich sein.

Den Arbeitsmarkt barrierefrei gestalten

Teilhabe entscheidet sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die ihrer Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nicht nachkommen, muss deutlich erhöht werden. Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung muss wirksam bekämpft werden.



Kindergrundsicherung einführen

Kinder brauchen eine eigenständige, materielle Sicherung, sie sind keine kleinen Erwachsenen. Alle Bildungs- und Familienleistungen sollen in eine neue Kindergrundsicherung einfließen und weitere Fördermittel unnötig machen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung neu berechnen

Der Regelsatz orientiert sich am Bedarf eines 30-jährigen, gesunden Mannes und steht damit im Widerspruch zur Lebensrealität von kranken und alten Menschen.

Mieten und Wohnen bezahlbar machen

Der soziale Wohnungsbau muss ausgeweitet, Mieterschutz gestärkt und die Energiewende sozial gestaltet werden.

Minijobs sowie Leih- und Zeitarbeit eindämmen

Wer Altersarmut für künftige Generationen vermeiden will, muss prekäre Beschäftigungsverhältnisse verhindern.

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Der Arbeitslohn für eine Vollzeitstelle muss immer so hoch sein, dass eine Rente über dem Grundsicherungsniveau gewährleistet ist.

Arbeitsmarktchancen verbessern

Um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. Dem Strukturwandel durch die zunehmende Digitalisierung muss durch verstärkte Weiterbildung und Qualifizierung begegnet werden.

Armut von Menschen mit Behinderung verhindern

Leistungen der Eingliederungshilfe müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden.



Jede Stimme hat Gewicht.

Damit Kinder endlich eine eigenständige, materielle Sicherung erhalten.



#SozialstaatVerteidigen

Impressum

Herausgeber

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
Johannesstraße 22, 70176 Stuttgart
Telefon: 0711 619 56-0, Fax: 0711 619 56-98
baden-wuerttemberg@vdk.de

Inhaltlich Verantwortlicher für diese Broschüre
ist gemäß §5 TMG: Thomas Schärer

Fotonachweis

Titel © Ridofranz – iStock.com, S. 2/3 © JackF – stock.adobe.com,
© Georgiy – stock.adobe.com, S. 4/5 © mixetto, – iStock.com/
© di_media – stock.adobe.com, S. 6/7 © De Visu – stock.adobe.com/
© vlada_maestro – stock.adobe.com, S. 8/9 © Stefan – stock.adobe.com/
© Elmar Gubisch – stock.adobe.com, S. 10/11 © Canetti – iStock.com/
© Halfpoint – stock.adobe.com

Stand: Juni 2021

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG

